

SCHULTAGEBUCH

2010

Demokratie in der Schule



leben

lernen

mitgestalten

Impressum

Herausgeber:

Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Werner-Seelenbinder-Straße 7
99096 Erfurt

Telefon: 0361 3794287
E-Mail: poststelle@tmbwk.thueringen.de
Internet: <http://www.tmbwk.de>

Stand: Januar 2010

© 2010 alle Rechte dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur vorbehalten

Diese Publikation darf nicht als Parteienwerbung oder für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Publikation steht auf den Internetseiten „www.jahr-der-demokratie.de“ zum Download als pdf-File zur Verfügung.

Unsere Schule

Name der Schule und Schulart:

Schulleiter(in):

Schülerzahl:

Zahl der Lehrer(innen):

Ansprechpartner für Demokratiepädagogik:

Schülersprecher(in):

Elternsprecher(in):

Das Tagebuch führt:

Wichtige Partner/Unterstützer der Schule:

Telefon:

Email:

Homepage:

Anschrift:

Schulprofil:

Was über unsere Schule sonst noch zu sagen ist

Für weitere Darstellungen der Schule, Bilder, Fotografien, ... können hier zusätzliche Blätter eingefügt werden.

DEMOKRATIE IN DER SCHULE

INHALT

1 VORWORT DES MINISTERS FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR.....	5
2 WOZU EIN SCHULTAGEBUCH?	6
3 DEMOKRATIEPÄDAGOGIK IN DER SCHULE.....	8

Dokumentationsteil¹

4 DEMOKRATIEPÄDAGOGIK IM UNTERRICHT	11
5 DEMOKRATISCHE SCHULKULTUR UND PARTIZIPATION	16
6 DEMOKRATIEPÄDAGOGISCHE WETTBEWERBE	23
7 PARTNER UND IHRE ANGEBOTE.....	28
8 WEITERE INFORMATIONEN UND KOMMUNIKATION.....	30
9 DEMOKRATIEDATEN	33

¹ Hier können Sie Ihre Dokumentationen, Materialsammlungen, Presseartikel, Urkunden, Listen, Korrespondenz, Aufsätze, Bilder, Fotografien, Berichte, ... einheften.

1 VORWORT DES MINISTERS FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

Sehr geehrte Pädagoginnen und Pädagogen, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Eltern!



Die Stärkung der Demokratieerziehung und der demokratischen Schulkultur werden in den nächsten Jahren die Entwicklung der Thüringer Schulen wesentlich mitbestimmen. Dabei kann auf ein erfolgreiches „Jahr der Demokratie 2009“ aufgebaut werden.

Aufbauen heißt nicht Ausruhen.

Natürlich werden auch weiterhin Kenntnisse zur Demokratie und ihrer Geschichte eine wesentliche Grundlage für demokratisches Handeln sein. Dazu gehört es auch, zu erkennen und zu verstehen, wie es möglich war, dass auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert zweimal Diktaturen entstehen konnten.

Engagierte Demokraten entwickeln sich durch tätige Mitwirkung.

Die Schule muss also über den Rahmen des unterrichtlichen Lernens hinaus ein Lern- und Erfahrungsfeld für demokratisches Handeln sein, muss das Mitwirken herausfordern und fördern.

Hier ist in den letzten Jahren an Thüringer Schulen Vielversprechendes geleistet worden. Zu nennen seien die erfolgreich tätigen Schülerparlamente, die Schulen, welche mittlerweile ihren Schülersprecher in Direktwahl ermitteln und nicht zuletzt das Thüringer Bildungsmodell „Neue Lernkultur in Kommunen“, das den Mitwirkungsrahmen über die Schule hinaus in die Kommunen erweitert.

Demokratie lernen und leben sind lebenslang währende Prozesse.

Geben wir jedem Kind, jedem Jugendlichen die Chance, sich am demokratischen Leben zu beteiligen! Fordern wir aber auch jeden heraus, der sich abseits stellt, denn zur Demokratie gibt es keine Alternative.

Ich wünsche Euch und Ihnen viel Freude und Erfolg!

Christoph Matschie
Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur
des Freistaats Thüringen

2 WOZU EIN SCHULTAGEBUCH?

Allgemein wird ein Schultagebuch (Portfolio) dazu verwendet, den Lernfortschritt bzw. Lern- und Arbeitsergebnisse des einzelnen Schülers zu dokumentieren. Ein solches Schultagebuch enthält einzelne vom Lernenden gefertigte Materialien, Zeugnisse, Auszeichnungen, Zertifikate, Teilnahmebescheinigungen und anderes mehr. Das Schultagebuch ist geeignet, Lernerfahrungen und -erfolge systematisch zu erfassen sowie persönliche Lern- und Weiterbildungsstrategien zu planen. Wesentliches Ziel der Portfolioarbeit ist die Erhöhung der (Selbst-)Reflexivität der Beteiligten als einer wichtigen Voraussetzung für die Erhöhung der **Eigenverantwortung und Selbststeuerung im Lernen** sowie der Selbstbeurteilung der Qualität eigener Leistungen. (vgl.: <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/PRAESENTATION/portfolio.shtml>)

Ein Portfolio gibt seinem Besitzer die Rolle des Subjektes des eigenen Lernens sowie der auf das eigene Lernen bezogenen Diagnostik.

Es ist also nicht zwingend, das Portfolio als Instrument für ein einzelnes Individuum zu sehen, es ist ein Instrument für ein **eigenverantwortlich** handelndes, sein Handeln antizipierendes und reflektierendes, lernendes und sich entwickelndes Subjekt, das deshalb Subjekt ist, weil es sein Lernen, seine Entwicklung in die eigenen Hände nimmt.

Für ein kollektives Subjekt hat die deutsche Sprache das Pronomen „WIR“. Das Schultagebuch könnte demnach als „WIR-Portfolio“ bezeichnet werden, als ein Instrument für die Schule und ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Demokratieerziehung.

Demokratieerziehung und die Auseinandersetzung mit Diktaturen im Unterricht sind fest in den Thüringer Lehrplänen verankert. Viele Schulen in Thüringen haben sich auch bereits auf den Weg gemacht, demokratische Strukturen der Schülermitwirkung zu etablieren bzw. mit Leben zu erfüllen. Dieses Schultagebuch trägt dem Rechnung. Es soll einerseits also die Möglichkeit gegeben werden darzustellen, was bisher getan und geleistet wurde, wo die Schule bereits auf dem Weg ist.

Andererseits soll das Instrument des Tagebuches bereits funktionierende Strukturen nicht stören. Sie haben möglicherweise ja bereits eigene Formen für die Dokumentation Ihrer Arbeit gefunden.

Darum folgende Prämissen:

- Das vorliegende Schultagebuch ist ein **Angebot**.
- Das Schultagebuch kann von Ihnen variiert oder gänzlich anders gestaltet werden. Betrachten Sie also bitte auch die hier gegebene äußere Form als Anregung bzw. Angebot. Ihrer Kreativität und Ihrem Ideenreichtum sollen keine Grenzen gesetzt werden.
- Das Schultagebuch ist Eigentum der Schule. Die Schule allein bestimmt, wie damit umgegangen wird.
- Es ist nützlich, die Führung des Tagebuches in die Verantwortung einer geeigneten Person zu geben. Das kann ein Pädagoge, aber auch ein Schüler sein. Inhaltlich beisteuern kann und soll aber jeder.
- Das Tagebuch soll Ihnen dabei eine Hilfe sein:
 - den Stand der Auseinandersetzung mit den Themenkreisen Demokratie und Diktatur und den Stand der Entwicklung der demokratischen Schulkultur und Schülermitwirkung zu diagnostizieren;
 - Kommunikation über Demokratielernen und demokratisches Leben zwischen Pädagogen, Eltern und Schülern zu initiieren und zu motivieren, also eine Hilfe und Anregung sein, alle Beteiligten in ihrer Subjektposition zu stärken;
 - Lern- und Entwicklungsprozesse nachvollziehbar abzubilden, also für alle Beteiligten wie ein Tagebuch zu zeigen, was über einen längeren Zeitraum erreicht wurde, wie sich Stärken entwickelt haben, Probleme gemeistert wurden;
 - Als Instrument zur Planung von Entwicklungszielen und –wegen konsequent von allen Beteiligten Antworten und Handeln in Verbindung mit den Fragen abzuverlangen:
 - Welches nächste Entwicklungsziel soll erreicht werden?
 - Auf welchem Wege ist es zu erreichen?
 - Welche Bedingungen sind dafür zu schaffen?
- Das Schultagebuch kann von Ihnen auch über längere Zeiträume für die Dokumentation Ihrer Arbeit mit dem Schwerpunkt Weiterentwicklung der demokratischen Schulkultur verwendet werden.

3 DEMOKRATIEPÄDAGOGIK IN DER SCHULE

Junge Menschen wollen Verantwortung übernehmen und das gesellschaftliche Leben mitgestalten. Dies ist nur in einer demokratischen Gesellschaft möglich und diese ist nicht selbstverständlich. Zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert in Deutschland zeigen, wie verletzlich Demokratie sein kann.

Dies berücksichtigend hat die Kultusministerkonferenz der Länder am 06.03.2009 unter der Überschrift „Stärkung der Demokratieerziehung“ den folgenden Beschluss gefasst:

Der 90. Jahrestag der Konstituierung der Weimarer Republik und der Annahme der ersten praktizierten demokratischen Verfassung auf deutschem Boden, der 60. Jahrestag des Grundgesetzes und der 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR im Jahr 2009 sowie der 20. Jahrestag der Deutschen Einheit im Jahr 2010 sind geeignete Anlässe, die herausragende Bedeutung der Erziehung zur Demokratie als Aufgabe schulischer Arbeit hervorzuheben und demokratisches Engagement im Rahmen schulischer Aktivitäten zu würdigen.

Die Entwicklung Deutschlands zu einem sozialen Rechtsstaat in Einheit und Freiheit wäre ohne unsere demokratische Grundordnung und ohne die erfolgreiche friedliche Revolution in der DDR nicht möglich gewesen.

Wir wissen: Demokratie ist nicht selbstverständlich; sie musste in einem langen historischen Prozess errungen werden. Demokratie ist stets aufs Neue Gefahren ausgesetzt. Dies zeigt die deutsche Geschichte mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert.

Aktuelle Gefahren stellen insbesondere der Rechtsextremismus, der religiöse Fundamentalismus und der Linksextremismus dar.

Dies belegen z.B. auch die Ergebnisse von rechtsextremistischen Parteien bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie die allein im Jahr 2007 bundesweit registrierten 17.607 rechtsextremistisch motivierten Straftaten. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Demokratie beschädigt oder ausgehöhlt wird. An einer Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie und deren Demagogie führt kein Weg vorbei.

Erziehung für die Demokratie ist eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung - Demokratie und demokratisches Handeln können und müssen gelernt werden. Kinder und Jugendliche sollen bereits in jungen Jahren Vorzüge, Leistungen und Chancen der Demokratie erfahren und erkennen, dass demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie Toleranz niemals zur Disposition stehen dürfen - auch nicht in Zeiten eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.

Schon in der Grundschule sollen Kinder Partizipation einüben und an die Grundprinzipien unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung und die Unterschiede zu - diktatorischen Herrschaftsformen herangeführt werden, zum Beispiel die Meinungs- und Pressefreiheit, den politischen Pluralismus und freie Wahlen gegen den weltanschaulichen Wahrheitsanspruch, das Machtmonopol einer Partei und die Unterdrückung von Opposition. Sie sollen lernen, dass die Demokratie den Menschen die Möglichkeit eröffnet, für sich selbst und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen, während die Diktatur den Menschen der Verantwortung enthebt und ihn zwingt, auch gegen besseres Wissen und Gewissen mitzutun.

Schon in der frühen Sekundarstufe I sollen die Schülerinnen und Schüler fundierte Kenntnisse unserer jüngeren Geschichte erwerben. Den Erfahrungen aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, aus der Weimarer Republik, aus der Zeit des Nationalsozialismus, aus 60 Jahren gelebter Demokratie in der

Bundesrepublik, aus der Zeit der DDR und aus der friedlichen Revolution kommt im Rahmen einer demokratischen Bildung und Erziehung eine Schlüsselrolle zu.

Demokratisches Verständnis entwickeln Kinder und Jugendliche ganz besonders über persönliche Erfahrung und über eigenes Handeln. Elementare Grundlagen hierfür werden bereits im frühkindlichen Entwicklungsstadium gelegt. Partizipation und Selbstverantwortung müssen früh und in möglichst allen Lebenszusammenhängen erlernt und erfahren werden - auch und gerade in Familie und Schule.

Für die Schule bedeutet dies: Demokratielernen ist Grundprinzip in allen Bereichen ihrer pädagogischen Arbeit. Die Schule selbst muss Handlungsfeld gelebter Demokratie sein, in dem die Würde des jeweils Anderen großgeschrieben, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, für Zivilcourage eingetreten wird, Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden.

Demokratieerziehung ist Aufgabe aller Fächer. In jedem Fach wie auch außerhalb des Unterrichts geht es darum, die Verantwortungsübernahme durch Schülerinnen und Schüler sowohl zu fordern als auch fördern und sie damit zugleich beim Aufbau persönlicher und sozialer Kompetenz zu unterstützen.

In den Ländern gibt es vielfältige Erfahrungen mit Demokratiepädagogik. Insbesondere der im Rahmen des BLK-Programms "Demokratie lernen und leben" entwickelte "Qualitätsrahmen Demokratiepädagogik" bietet eine gute Orientierung für die weitere Arbeit.

Auch aus dem internationalen Kontext können sich Impulse für die weitere Stärkung der Demokratieerziehung ergeben. So stellt das seit 1997 bestehende Projekt des Europarats "Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education" (EDC/HRE) gelebte Demokratie in den Mittelpunkt. Aus diesem Projekt, in dessen Rahmen auch das "Europäische Jahr der Demokratieerziehung 2005" mit großer Resonanz in allen Mitgliedsstaaten des Europarats umgesetzt wurde, ist eine Fülle von Materialien hervorgegangen, die insbesondere für Schulen von Bedeutung sind (z.B. Handreichungen zur demokratischen Schulgestaltung sowie zur Lehrerbildung, Qualitätssicherung und zum Kompetenzerwerb im Bereich der Demokratieerziehung/politischen Bildung).

Die Kultusministerkonferenz will alle in der Schule Mitwirkenden, ganz besonders die Kinder und Jugendlichen, zu Verantwortungsübernahme und Mitgestaltung in Schule und Zivilgesellschaft ermutigen. Inwieweit wir die Möglichkeiten der Demokratie verwirklichen, hängt nicht zuletzt von uns selbst ab.

Um die Demokratieerziehung zu stärken, werden die Länder nach Möglichkeit folgende Maßnahmen umsetzen:

Zur Weiterentwicklung des Unterrichts

Förderung eines fachübergreifenden und fächerverbindenden Unterrichts zur Stärkung der Demokratieerziehung in der Primar- und Sekundarstufe

- beginnend in der frühen Sekundarstufe I Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte einschließlich der Zeit des Nationalsozialismus sowie mit der SED-Diktatur; verstärkte Vermittlung von Kenntnissen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen, des demokratischen Systems, der Institutionen und Partizipationsmöglichkeiten; Kennenlernen von demokratischen Institutionen und ihrer Aufgaben, Funktionsweisen und täglichen Arbeit; Entwicklung von Fähigkeiten zur Analyse und Beurteilung diktatorischer Systeme und der ihnen zugrunde liegenden Ideologien
- verstärkte Integration der Demokratiepädagogik und der unterrichtlichen Auseinandersetzung mit diktatorischen Systemen in beide Phasen der Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte
- Förderung einer verstärkten Auseinandersetzung mit der Geschichte, den gesellschaftlichen und politischen Systemen unserer osteuropäischen Nachbarn - aktuell insbesondere Entwicklung eines deutsch-polnischen Geschichtsbuches

- verstärkte Nutzung außerschulischer Lernorte wie Gedenkstätten, Museen, Orte von Menschenrechtsverletzungen und staatlichen Gewaltverbrechen; Stärkung der Gedenkstättenpädagogik, Einbeziehung von Zeitzeugen
- Förderung einer fundierten Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus, mit Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus, Gewalt und Intoleranz, beginnend in der Grundschule
- Unterstützung der Schulen bei der Verankerung von demokratiepädagogischen Aspekten in schulinternen Curricula
- Wahrnehmung und Realisierung von Demokratieerziehung und demokratischer Schulkultur als Kriterium von Schulentwicklung, Stärkung der Unterstützungsangebote für Schulen
- Förderung von unterrichtsnahen Vorhaben zur Verantwortungsübernahme von Kindern und Jugendlichen für ihr unmittelbares Lebensumfeld
- Ausweitung von Initiativen wie "Schule ohne Rassismus".

Im Rahmen der Schülerbeteiligung

- Motivierung von Schülerinnen und Schülern, bestehende Mitwirkungsmöglichkeiten tatsächlich wahrzunehmen, wirksame Unterstützung der Gremienarbeit und weiterer Beteiligungsformen (z. B. Klassenräte);
- Auszeichnung von besonderem Engagement in den Schulen und Hinweise auf den Zeugnissen;
- Aufzeigen bestehender und Ausweitung der Mitwirkungsrechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler (z. B. Einführung von Kreis- und Landeschülerräten mit entsprechenden Befugnissen, Einführung von Feedback-Kulturen);
- systematische Verankerung einer Anerkennungs- und Beteiligungskultur im Rahmen schulischer Qualitätsentwicklung, Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern an schulinterner Evaluation.

...

4 DEMOKRATIEPÄDAGOGIK IM UNTERRICHT

Politische Bildung und Demokratieerziehung sind fest in den Thüringer Lehrplänen verankert. Sie zielen darauf, dem Individuum zu ermöglichen, soziale Prozesse als handelndes Subjekt bewusst, zielstrebig und kompetent mitzugestalten und **eigenverantwortlich** politisch zu handeln. Dafür ist und bleibt natürlich der **Unterricht** eine wichtige Instanz. Dies gilt nicht nur für die sozialwissenschaftliche Fächergruppe. **Politische Bildung und Demokratieerziehung sind Aufgabe aller Fächer.** Neben inhaltlichen Aspekten ist aber auch die Frage nach den Unterrichtsformen zu stellen. Aus dem Beitrag "Kooperatives Lernen und Demokratie" von K. und N. Green geht hervor, dass die Ziele politischer Bildung nur dann erreichbar sind, wenn kooperative Lernformen verstärkt Eingang finden.

Zitat: *“Die Hauptaufgabe eines Erziehungssystems in jeder Demokratie besteht darin, dass Schülerinnen und Schüler ihre Rollen als Staatsbürger wahrnehmen können... Das, was wir tun, sagt mehr aus, als das, was wir sagen. Wie können wir Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, unterschiedliche Meinungen wahrzunehmen, zu respektieren und zu bewerten, wenn wir auf Unterrichtsmethoden vertrauen, in denen der Lehrer am meisten redet? Wenn die Schüler-Schüler-Interaktion nur gelegentlich und als Ausnahme erfolgt, können wir nicht darauf hoffen, eine Schülergeneration zu erschaffen, die auf Demokratie vorbereitet ist.*

Wie können wir Schülerinnen und Schüler vorbereiten, zu Entscheidungen zu gelangen, die auf den Bedürfnissen aller basieren, wenn wir Unterrichtsmethoden benutzen, bei denen der Lehrer alleine entscheidet, was und wie gelernt wird, wie bewertet wird und welche Regeln für das Verhalten in der Klasse gelten? ...

Merkmale einer demokratischen Denk-Umgebung im Unterricht (OECD)

- Es gibt die Freiheit, dagegen zu sein.
- Denkstrategien werden einzeln eingeführt und in die Inhalte eingearbeitet.
- Es gibt eine Balance von Inhalt und Prozess.
- Denken gehört zur Unterrichtskultur.
- Jeder hat die Gelegenheit, Probleme aufzuwerfen und Fragen zu stellen, die gelöst werden sollen.
- Interaktion und Dialog werden fortgeführt.
- Es gibt Zeit zum Nachdenken.
- Es gibt ein Bewusstsein für Denkprozesse.
- Denkgewohnheiten werden durch die Lernumgebung vorgemacht.
- Es gibt den Glauben an den Respekt vor dem Anderen.
- Schülerinnen und Schüler werden mit Denkaufgaben beschäftigt, die nach Aktion verlangen. ...“

Wissen über die Demokratie und ihre Geschichte ist Orientierungswissen, ist eine wichtige Grundlage für kompetentes demokratisches Handeln. Dem hat nicht zuletzt vor allem der Unterricht Rechnung zu tragen. Er ist so weiter zu entwickeln, dass auch in Zukunft Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zum eigenverantwortlichen und kompetenten demokratischen Handeln Begleitung und Unterstützung finden.

Hier können einfließen:

- Ideen und Erfahrungen aus der Praxis für die Praxis,
- Ideen und Erkenntnisse aus der Wissenschaft,
- Angebote von Partnern.

Neben dem Fachunterricht sollen hier auch offene Unterrichtsformen, Projektarbeit, thematisch orientierte Schullandheimaufenthalte usw. betrachtet werden.

Es sollte künftig **auch für den Bereich der politischen Bildung und der Demokratieerziehung** gelten, dass jede Schülerin und jeder Schüler auf der Basis der individuellen Handlungsvoraussetzungen entsprechend auch **individuell zu fördern** ist.

Demokratiepädagogik an unserer Schule

1. Im Unterricht

(Selbstverständlich kann dieses Blatt durch weitere Seiten ergänzt werden.)

Was wir im Unterricht bisher erreicht haben:

Was wir im Unterricht in diesem Schuljahr erreichen möchten:

Wie wir diese(s) Ziel(e) erreichen wollen:

Wer kann uns wie dabei helfen?:

MATERIALSAMMLUNGEN

DOKUMENTATION UNSERER AKTIVITÄTEN

**MEDIEN-, LITERATUR- UND LINKLISTEN
MEDIENECHO**

5 DEMOKRATISCHE SCHULKULTUR UND PARTIZIPATION

Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.

Max Frisch

Den **Schüler als Subjekt des Lernens und Gestaltens** und nicht als Objekt des Lehrens zu sehen, bestimmt die Perspektive der Entwicklung von Unterricht und Schule - insbesondere auch in Bezug auf curriculare Prozesse. Für den Bereich der politischen Bildung heißt dies, **Schulkultur und Schulleben** stärker als Instanz politischer Bildung in den Fokus zu nehmen.

Der Kun Fu Tse zugeschriebene Dreisatz *"Sage es mir, und ich werde es vergessen.
Zeige es mir, und ich werde mich erinnern.
Lass' es mich tun, und ich werde es behalten."*

formuliert auf die Gestaltung des Schullebens übertragbare Erfordernisse. Das Schulleben ist ein Erprobungs-, Bewährungs- und Handlungsfeld. Dem Schüler können und müssen Anlässe gegeben werden, "sich zu verhalten" bzw. zu handeln sowie Zugehörigkeitsgefühl und Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln.

Handlungskompetenz kann sich nur dort entwickeln, wo reales, konkretes Handeln ermöglicht wird. Es gilt darum, die Schülerinnen und Schülern reale Mitwirkungsmöglichkeiten aufzuzeigen, Mitwirkung zu ermöglichen.

Eine ganze Reihe von Thüringer Schulen befindet sich in diesem Sinne bereits auf den Weg. Die mit solchen Programmen wie dem BLK-Programm "**Demokratie lernen & leben**", dem „**Förderprogramm Demokratisch Handeln**" oder der Initiative "**mitWirkung!**" gemachten Erfahrungen ermutigen dazu, Schülermitwirkung an Thüringer Schulen in noch breiterem Maße zu realisieren.

Dafür stehen auch bereits arbeitende Schülerparlamente, die Beteiligung einer Reihe von Schulen am Schulversuch "Direktwahl des Schülersprechers" und viele weitere Projekte an Thüringer Schulen. Zu denken ist auch an weitere Formen aktiver Partizipationsförderung im Schulleben wie:

- Klassenrat,
- Schülerfirmen,
- Aushandlungsmodelle,
- Mediation,
- partizipative Schulprogrammarbeit

bzw. an partizipationsfördernde Lehr- und Lernkonzepte wie **Service Learning**.

Weitere in Thüringen wirksame Projekte, Programme und Instrumente mit Bezug zur Entwicklung von demokratischer Schulkultur sind z.B.:

- **ThüNIS** (Thüringer Netzwerk innovativer Schulen) - ab 2004 setzen inzwischen ca. 390 Schulen das Instrument freiwillig ein. Hinter ThüNIS liegt eine Befragung aller schulischen Akteure (Schüler, Eltern, Lehrer, Mitarbeiter, evtl. Ausbilder in BBS) zu schulischen Qualitäten mit dem Ziel einer gemeinsam getragenen Qualitätsentwicklung. Durch den Einbezug und Verantwortungsübernahme aller Akteure unterliegt ThüNIS ein besonderes demokratisches Grundverständnis.
- **SEfU** (Schüler als Experten für Unterricht) - ab 2006 im Angebot zur freiwilligen Nutzung für Lehrer. Kern ist die anonyme und nur durch den Lehrer einzusehende Rückmeldung der Schüler zur erlebten Unterrichtsqualität. Durch SEfU bezieht die Lehrkraft in einer demokratischen Art die Schüler in die Unterrichtsqualitätsentwicklung ein. Dieses Verfahren ist wohlthuend abzugrenzen von im Internet kursierenden Bewertungsseiten, die häufig nur das Ziel verfolgen, Lehrpersonen öffentlich bloßzustellen.
- **SQGS** (Soziale Schulqualität an Grundschulen) - ab 2005 wurde dieses Instrument innerhalb eines SE-Projektes an Grundschulen eingesetzt und soll ab neuem Schuljahr für alle GS erschlossen werden. In SQGS kann erstmalig das soziale Erleben von jüngern Schulkindern (ab. 1. Klasse) über ein spielbasiertes Bewertungsverfahren erfasst und rückgemeldet werden. Der Einbezug bei Entscheidungen, der gemeinsame Umgang mit Problemen/Konflikten oder das erlebte Lernklima in der Klasse werden u.a. durch die Schüler eingeschätzt. Diese Verfahren orientiert sich damit in einer besonderen Weise an demokratischen Grundsätzen des schulischen Zusammenlebens.
- SE-Projekt "**Partizipation leben in Kindergärten und Schulen**" - dieses Projekt startet gegenwärtig in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kindheit-, Jugend- und Familienforschung (IFK) mit regionalen Tandems KiTA-GS. Mit dem ausgewiesenen Schwerpunkt Teilhabe/Partizipation von Kindern kommt dem Vorhaben eine besondere Bedeutung in Fragen der frühkindlichen Demokratieerziehung zu.
- **Thüringer Bildungsmodell - Neue Lernkultur in Kommunen (nelecom)** - Das zentrale Ziel besteht in einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme aller kommunalen Partner für die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Dies basiert u. a. auf Elementen wie einer grundsätzlichen gegenseitigen Wertschätzung, den Einbezug in alle Bereiche des Kommunallebens, die Unterstützung von Familien und Bildungseinrichtungen durch eine neue Qualität des bürgerschaftlichen Engagements (institutions- und generationsübergreifend). Damit weist das Thüringer Bildungsmodell im Kern einen zutiefst demokratischen Ansatz aus.

5.1 Informationen zum Thema "Direktwahl des Schülersprechers"

Was bedeutet "Direktwahl des Schülersprechers"?

Bisher ist es so: Aus jeder Klasse und jedem Kurs einer Schule ab der 5. Klasse werden jeweils ein Klassen- bzw. Kursprecher und je ein Stellvertreter gewählt. Diese finden sich dann zur Klassensprecherversammlung zusammen und wählen aus ihrer Mitte den Schülersprecher und seine zwei Stellvertreter. Alle anderen Schüler sind nach diesem Modus bisher nicht an der Wahl ihres Schülersprechers beteiligt.

Mit der Direktwahl wird der Schülersprecher in einer Abstimmung durch alle Schüler gewählt, damit sich die Schüler mit ihrem Schülersprecher identifizieren können.

Organisationsverfügung des Schulversuches "Direktwahl des Schülersprechers"

Ansprechpartnerin am Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Frau Marion Dörfler (Tel. 0361 3794234)

Organisation zum Schulversuch „Direktwahl des Schülersprechers“

1. Inhalte und Ziele

Mit diesem Schulversuch soll die Direktwahl des Schülersprechers erprobt und ihre Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung sowie auf die Aufgabenwahrnehmung festgestellt werden. Die Schule als Lebensraum von Schülerinnen und Schülern, in dem sie Demokratie erlernen und erleben, erhält damit ein weiteres reales Handlungsfeld. Dazu wird der § 11 der Thüringer Schulordnung in der für den Schulversuch angepassten Form angewandt:

§ 11 Schülersprecher

- Alle Schüler der Schule wählen den Schülersprecher und seinen Stellvertreter. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme, die nicht übertragbar ist. Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl obliegt dem Wahlvorstand. Dieser wird von der Schulkonferenz bestimmt. Die Wahl findet nach Ablauf der regelmäßigen Amtszeit des Schülersprechers und dessen Stellvertreters spätestens in der vierten Unterrichtswoche nach Schuljahresbeginn statt.
- Wählbar sind alle Schüler einer Schule, die für das Amt des Schülersprechers kandidieren. Der Wahlbewerber gibt die Meldung seiner Kandidatur innerhalb der ersten zwei Wochen nach Unterrichtsbeginn bei der Klassensprecherkonferenz ab. Durch Aushang an der Schule sowie durch zusätzliche Informationen der Klassenlehrer werden die Schüler über die Wahl und die Kandidaten unterrichtet. Die Kandidaten erhalten die Möglichkeit, sich vor dem Wahltermin in der Schule vorzustellen und Informationsveranstaltungen durchzuführen. Der Wahlvorstand bestimmt Zeit und Ort der Stimmabgabe.
- Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit und mindestens 25 Prozent der Stimmen auf sich vereint. Werden diese Stimmenanteile von keinem Bewerber erreicht, wählt die Klassensprecherkonferenz einen Schülersprecher aus ihrer Mitte. Stellvertreter werden die Kandidaten mit der zweit- und dritthöchsten Stimmenzahl, im Falle des Satzes 2 die Kandidaten mit der höchsten und zweithöchsten Stimmenzahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Amtszeit beträgt zwei Schuljahre. Nach Ablauf der Amtszeit nehmen die gewählten Schülervertreter ihre Funktion bis zur Neuwahl wahr.
- Über die Wahl ist durch den Wahlvorstand eine Niederschrift anzufertigen. Diese enthält insbesondere den wesentlichen Verlauf der Wahl und die Feststellung des Wahlergebnisses.
- Scheidet ein Schülersprecher oder sein Stellvertreter aus dem Amt aus, so findet für den Rest der Amtszeit eine Neuwahl statt.

2. Organisation

Der Schulversuch umfasst die Klassenstufen 5 bis 12.

3. Dokumentation

Die regelmäßige Dokumentation ist wichtiger Bestandteil des Schulversuchs. Diese ist durch den Schulleiter sicherzustellen. Die Dokumentationsschwerpunkte werden in Absprache des Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kulturs mit der Landesschülervertretung und der beteiligten Schule jährlich festgelegt. Für den Bearbeitungszeitraum wird ein angemessener Zeitrahmen festgelegt.

4. Begleitung

Begleitet wird der Schulversuch von einem Beirat, der sich zusammensetzt aus je einem Schüler und einem Lehrer der beteiligten Schulen, einem Vertreter der Landesschülervertretung, einem Vertreter des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) und zwei Vertretern des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

5. Dauer des Schulversuchs

Der Schulversuch beginnt zum Schuljahr 2006/2007 und endet mit dem Schuljahr 2009/2010.

Der Schulversuch endet spätestens, sobald die Versuchsinhalte in die gesetzlichen Rahmenbedingungen aufgenommen wurden.

6. Bezeichnung des Schulversuchs

Der Schulversuch trägt die Bezeichnung: „Direktwahl des Schülersprechers“.

7. Lehrerzuweisung

Die für alle staatlichen Schulen geltenden Bestimmungen für die Lehrerzuweisung gelten unverändert.

8. Anzuwendende Bestimmungen

Weitere rechtliche Abweichungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Demokratiepädagogik an unserer Schule

2. Schulleben/Schulkultur

(Selbstverständlich kann dieses Blatt durch weitere Seiten ergänzt werden.)

Demokratie zeigt sich in unserem Schulleben u.a. durch:

An unserer Schule haben Schüler(innen) folgende Möglichkeiten der Mitwirkung:

Was wir in diesem Schuljahr erreichen wollen:

Wie werden wir das erreichen, wer kann uns wie dabei helfen?

MATERIALSAMMLUNGEN

DOKUMENTATION UNSERER AKTIVITÄTEN

**MEDIEN-, LITERATUR- UND LINKLISTEN
MEDIENECHO**

6 DEMOKRATIEPÄDAGOGISCHE WETTBEWERBE

In der Bundesrepublik und im Freistaat Thüringen sind seit einigen Jahren schon eine ganze Reihe von Demokratiewettbewerben und Förderprogrammen etabliert.

Zwei dieser Wettbewerbe sollen hier kurz vorgestellt werden:

6.1 Stiftung Ettersberg

"In Euren Seminarfacharbeiten steckt viel Zeit, Energie und Engagement - lasst sie nicht in der Schublade verstauben, sondern macht mit beim Schülerwettbewerb der Stiftung Ettersberg!" - Mit diesen Worten wird auf den Internetseiten der Stiftung Ettersberg zur Beteiligung am Wettbewerb "Diktatur erforschen - Demokratie gestalten" aufgerufen. Auch 2010 wird es wieder einen solchen Wettbewerb geben. Informationen dazu sind zu finden unter: <http://www.stiftung-etttersberg.de/>

6.2 Demokratisch Handeln

Der Wettbewerb Demokratisch Handeln wird seit 1990 für alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ausgeschrieben. Mit der Aufforderung "Gesagt! Getan: Gesucht werden Beispiele für Demokratie. In der Schule und darüber hinaus" sollen schulischen Gruppen angesprochen, insbesondere aber Schülerinnen und Schüler zum Mitmachen gewonnen werden. ...

Der Wettbewerb Demokratisch Handeln will demokratische Haltung und demokratische Kultur im gelebten Alltag von Schule und Jugendarbeit stärken. In der Begegnung mit Anderen sollen Fragen und Probleme sichtbar und ein Korridor zur politischen Verantwortung geöffnet werden. Handeln und Lernen sollen sich verbinden. Es geht um die Anerkennung herausragender Leistungen für die Demokratie und das Gemeinwesen und um die Förderung von "demokratischer Handlungskompetenz" und "kritischer Loyalität" bei Schülerinnen und Schülern, aber auch Lehrerinnen und Lehrern...



Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler alleine, in Gruppen oder zusammen mit Lehrenden aller Schularten und Schulstufen, auch mit Eltern und mit Jugendarbeitern. Es interessieren Themen und Projekte aus dem Alltag von Schule und Sozialarbeit, insbesondere solche, die eine eigenverantwortliche Tätigkeit der Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Die Geschäftsstelle des Förderprogramms und die regionalen Berater begleiten den Wettbewerb.

Träger: Theodor-Heuss-Stiftung *** Akademie für Bildungsreform

Weitere Informationen: <http://www.demokratisch-handeln.de>

Natürlich soll auch die Beteiligung an anderen Wettbewerben angeregt werden.

Demokratiepädagogik an unserer Schule

3. Wettbewerbe

(Selbstverständlich kann dieses Blatt durch weitere Seiten ergänzt werden.)

Unsere Schule hat sich bisher an folgenden Demokratiewettbewerben beteiligt:

Unsere Schule bzw. Schüler(innen) der Schule haben folgende Erfolge errungen:

In diesem Schuljahr möchten wir uns beteiligen an:

Wer kann uns wie dabei helfen?:

MATERIALSAMMLUNGEN
WETTBEWERBSUNTERLAGEN

DOKUMENTATION UNSERER AKTIVITÄTEN
(GGF. KOPIE DER EINGEREICHTEN BEITRÄGE)

**MEDIEN-, LITERATUR- UND LINKLISTEN
MEDIENECHO**

7 PARTNER UND IHRE ANGEBOTE

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur arbeitet mit einer ganzen Reihe von kompetenten Partnern zusammen. Allen gemeinsam ist das Bestreben, sich aktiv dabei einzubringen, bei Thüringer Schülerinnen und Schülern Wissen zur Geschichte unserer Demokratie zu vermitteln und zu vertiefen und die Auseinandersetzung mit zwei Diktaturen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts herauszufordern und zu fördern.

Ebenso wichtig ist aber auch, das Erleben und Gestalten von Demokratie, eigenverantwortliches demokratisches Handeln in der Schule und darüber hinaus zu ermöglichen.

Außerdem wird im Rahmen von Wettbewerben den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, ihr Wissen, ihr Können, ihr Engagement unter Beweis zu stellen.

Landeszentrale für Politische Bildung <http://www.lzt.thueringen.de>



Landeschülervertretung
<http://www.lsv-thueringen.de/>



Landeselternvertretung
<http://lev-thueringen.de/>



Thillm Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM)
www.thillm.de



Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)

www.ejbweimar.de

EUROPÄISCHE
JUGENDBILDUNGS-
UND JUGEND-
BEGEGNUNGSSTÄTTE
WEIMAR



Stiftung Ettersberg
www.stiftung-etttersberg.de



Förderprogramm Demokratisch Handeln
www.demokratisch-handeln.de



Jüdische Landesgemeinde Thüringen

Tel. 0361 5624964
Fax 0361 5668690
E-Mail: jlgthuer@freenet.de

Bildungs- und Kulturzentrum der Jüdischen Landes-
gemeinde
Juri-Gagarin-Ring 21, 99084 Erfurt

Jüdische Landesgemeinde Thüringen
Juri-Gagarin-Ring 16, 99084 Erfurt



Die Jugendherbergen
Deutsches Jugendherbergswerk

Deutsches Jugendherbergswerk Thüringen

<http://www.djh-thueringen.de/>



Verband der Schullandheime

<http://www.th.schule.de/th/schullandheime/>



Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (**BStU**)

<http://www.bstu.bund.de/>

Landesbeauftragte (TLStU)

<http://www.thueringen.de/tlstu/index.html>

Thüringer Archiv für Zeitgeschichte "Matthias Domaschk" (ThürAZ) in Jena
<http://www.thueraz.de/>

Eduard und Clara Rosenthal Stiftung

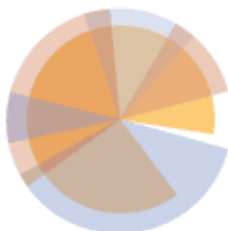


Evangelische Akademie Thüringen

<http://www.ev-akademie-thueringen.de/>



MDR Radio Thüringen <http://www.mdr.de/thueringen/>



Thüringer Berater/-innen für Demokratiepädagogik

<http://www.demokratiepaedagogikberatung.de/>

8 WEITERE INFORMATIONEN UND KOMMUNIKATION

8.1 Internetangebote und Kontakte

Für Thüringen und die Bundesrepublik existieren bereits eine ganze Anzahl qualitativ hochwertiger und umfangreicher Linklisten zum Themenkreis politische Bildung und Demokratieerziehung. Sie finden Verweise auf solche Listen auf unserer Homepage www.jahr-der-demokratie.de.

8.2 Weiterführende Literatur (Auswahl)

Quelle: leicht verändert aus Wolfgang Beutel/Peter Fauser: Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag 2007

Beutel, W. /Fauser, P. (Hrsg.) (2001): Erfahrene Demokratie. Wie Politik praktisch gelernt werden kann. Opladen: Leske + Budrich.

Das Buch berichtet umfassend über den Ansatz und die Erfahrungen des Wettbewerbs „Förderprogramm Demokratisch Handeln“. Seine empirische Basis sind zehn Jahre Schul- und Jugendförderung (1990-2000) im vereinigten Deutschland und damit rund 1500 Projekte, mit denen sich Schulen und Jugendliche beteiligt haben. Nebst übergreifenden Beiträgen zum Ansatz und zur Begründung des Förderprogramms im Spannungsfeld zwischen Schule, Jugend und Politik versammelt das Buch Praxisberichte, die beispielhaft Chancen und Schwierigkeiten demokratischen Handelns in pädagogischer Absicht erkennen lassen. Eine umfassende Dokumentation schließt den Band ab.

Beutel, W. /Fauser, P. et al. (2001): Demokratie lernen in Schule und Gemeinde. Demokratiepolitische und gewaltpräventive Potenziale in Schule und Jugendhilfe. Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Bonn: BMBF (erhältlich über Internet: www.bmbf.de/pub/demokratie_lernen.pdf).

Im Rahmen der Vorbereitung des BLK-Modellprogramms „Demokratie lernen und leben“ versucht diese Expertise, die demokratiepädagogischen Potenziale durch einen umfassenden Katalog an „Best-Practice“-Beispielen sichtbar zu machen.

Beutel, W. /Fauser, P. (Hrsg.) (1995): Politisch bewegt? Schule, Jugend und Gewalt in der Demokratie. Seelze-Velber: Friedrich Verlag.

Dieser Band berichtet nach fünfjähriger Laufzeit erstmals aus der „Werkstatt“ des Wettbewerbs „Förderprogramms Demokratisch Handeln“. Praxisbeispiele werden skizziert und von Pädagogen aus Wissenschaft und Praxis kommentiert. Grundlagenbeiträge zu Jugendkultur, Aspekten der Fremdheit, zur Gewalt in der Schule und zur Moralerziehung ergänzen diesen Sonderdruck eines Themenheftes der Zeitschrift „Neue Sammlung“.

Beutel, W. /Fauser, P. (Hrsg.) (1990, 21995): Demokratisch Handeln. Dokumentation des Kolloquiums „Schule der Demokratie“ vom 24. bis 26. September 1989, Universität Tübingen. Tübingen: Verlag Schöppe & Schwarzenbart.

Eine Tagungsdokumentation, in deren Texten die Grundzüge des Ansatzes zum Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ vor dem Hintergrund der politischen und pädagogischen Ausgangslage Ende der 80er Jahre entwickelt werden. Diese werden vor dem Hintergrund der Stichworte „Rückzug der Jugend in die Privatheit“, „Bildung des Willens“ und „Theorie und Didaktik der politischen Bildung“ diskutiert.

Dahrendorf, R. (2003): Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert. München: Beck.

Ralf Dahrendorf setzt sich hier grundlegend mit dem Spannungsfeld von Freiheit und staatlich verfasster Ordnung vor dem Hintergrund gegenwärtiger Entwicklungen wie Globalisierung und Rückgang der Arbeit auseinander. Dabei fällt der „Bürgergesellschaft“ als Welt der freien und freiwilligen Assoziationen eine Schlüsselrolle zu. Das Buch formuliert Grundzüge einer Demokratiepolitik, die dabei die Dimension der transnationalen Politik und der globalen Entwicklungslinien im Blick behält.

Dewey, J. (1993): Demokratie und Erziehung. Weinheim: Beltz.

Dieses erstmals in den Vereinigten Staaten in den 1920er Jahren erschienene Buch ist eine Grundlagenschrift der „progressive education“, der Philosophie des Pragmatismus und letztlich der Reformpädagogik bis heute. Entscheidend ist in dieser politischen Philosophie mit pädagogischer Absicht die Einsicht in die Erfahrungs- und Kulturqualität der Demokratie, die Schulen pädagogisch nutzen und sichtbar machen müssen.

Edelstein, W. /Bromba, M. (2001): Das anti-demokratische und rechtsextreme Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Bonn: BMBF (erhältlich über Internet: www.bmbf.de/pub/antidemokratische_potenziale.pdf).

Die Expertise kommt aufgrund sekundär-statistischer Auswertungen einer Anzahl von repräsentativen Bevölkerungsumfragen, aufgrund multivariater statistischer Analysen und nach Auswertung umfangreicher Forschungsliteratur sowie der Sichtung der internetbasierten Archive verschiedener großer Tageszeitungen und Periodika zu Ergebnissen, die die offenen Aufgaben der Demokratiepädagogik in Schule und Jugendbildung nachhaltig unterstreichen. Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren sind bereits in hohem Maße ausländerfeindlich, nationalistisch und demokratiekritisch eingestellt. Zunehmende Gewaltakte gegen Fremde, die vor allem von jugendlichen Tätern verübt werden, müssen folglich vor dem Hintergrund einer erheblichen Zunahme extremistischer Einstellungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesehen werden. Gerade im Hinblick auf den Extremismus in den neuen Bundesländern gilt, dass in verstärktem Maß politische Bildung der nachwachsenden Generation erforderlich ist, die den Kindern und Jugendlichen die Chancen und Vorzüge der Demokratie nahe bringen muss.

Edelstein, W. /Fauser, P. (Hrsg.) (2002 ff.): Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“. Berlin: BLK (online verfügbar über: <http://blk-demokratie.de/materialien/beitraege-zur-demokratiepaedagogik>).

Diese bislang nur online verfügbare Schriftenreihe entwickelt mit namhaften Autorinnen und Autoren knappe und systematisch angelegte Beiträge zu Grundlagenthemen demokratischer Schulentwicklung und Lernpraxis. Seit Mitte 2005 liegen Beiträge zu Werteerziehung, zu Menschenrechtserziehung, zu schulrechtlichen Aspekten der Demokratieerziehung, zur Didaktik des Demokratie-Lernens und zu grundlegenden Praxisstrategien aus dem angelsächsischen Raum wie „Service-Learning“, Deliberation und „Citizenship-Education“ vor.

Edelstein, W. /Fauser, P. (2001): Demokratie lernen und leben. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, H. 96. Bonn: BLK.

Dieses Gutachten begründet nicht nur die Planung und die Eckpunkte der Durchführung des aktuellen BLK-Modellprogramms, sondern begründet differenziert die Notwendigkeit demokratiepädagogischer Impulse und Interventionen im Bildungswesen, insbesondere in der Schule in einer über das Modellprogramm hinausweisenden Gültigkeit.

Fauser, P. (2004): Demokratiepädagogik oder politische Bildung? In: kursiv – Journal für die politische Bildung 9, H. 1, S. 44-48.

Fauser, P. (2003): Demokratie lernen und Schulentwicklung. Zur pädagogischen Begründung des BLK-Modellprogramms „Demokratie lernen und leben“. In: Polis, Report der DVpB, H. 3, S. 3-5.

In diesen beiden Grundlagenartikeln skizziert der Autor Eckpunkte einer theoretischen Einordnung der Demokratiepädagogik. Schulpädagogische Motive für das Thema Demokratie lernen und Demokratiepädagogik werden benannt: die Verstehenstiefe des Lernens, handlungs- und projektorientierte Arbeitsweisen mit Realitäts- und Lebensbezug und die Notwendigkeit, Demütigung und Missachtung zu vermeiden und vielmehr die Erfahrung und Praxis gegenseitiger Anerkennung zu kultivieren.

Fauser, P. (2002): Lernen als innere Wirklichkeit. In: Neue Sammlung 42, H. 2, S. 39-68.

Begründet wird ein Verständnis von Lernen und Denken, das deren „konstruktiv-generative Qualität“ in den Blick nimmt. Das Konzept eines „verständnisintensiven Lernens“ zielt auf den Aufbau von anwendungsbereitem, bewährtem und zugleich problemoffenem, intelligentem und flexiblem Wissen und Können. In der Förderung verständnisintensiven Lernens, dessen Hauptelemente Vorstellung, Erfahrung, Begreifen und Metakognition seien, kommt eine wichtige Aufgabe der Schule in den Blick, die damit zugleich einen Dreh- und Angelpunkt der Demokratiepädagogik konkretisiert.

Fauser, P. /Luther, H. /Meyer-Drawe, K. (Hrsg.) (1992): Verantwortung. Jahresheft X des Erhard-Friedrich-Verlages in Zusammenarbeit mit Klett. Seelze-Velber: Friedrich-Verlag.

In dieser Textsammlung wird der Begriff der „Verantwortung“ vor dem Hintergrund verschiedener pädagogischer Handlungsfelder durch knappe und prägnante Texte ausgeleuchtet. Eine Fülle von Projektskizzen, insbesondere auch aus den ersten Jahren der Arbeit des Förderprogramms Demokratisch Handeln, ergänzt den Band.

Himmelman, G. (2005): Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.

Der Autor legt eine detailreiche Darstellung des Zusammenhangs von Demokratie als politischer Großform und als alltagsbedeutsame Lebensform aus der Perspektive der Politikdidaktik vor. Hier wird zudem der Diskurs in Theorie und Didaktik der Politikwissenschaft nachgezeichnet, der die Ausgangslage für das Programm „Demokratisch Handeln“ markiert. Zugleich ist das Buch als Arbeitshilfe ideal für Lehrzwecke.

Himmelmann, G. /Lange, D. (Hrsg.) (2005): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Vor dem Hintergrund der sich zeitweise polarisierenden Debatte um Demokratie-Lernen aus schulpädagogischer Sicht und politische Bildung aus fachdidaktischer Perspektive dokumentiert dieser Band aktuelle Beiträge zur Begründung der Demokratie, ihrer weiteren Entwicklung als Aufgabe der Bürgergesellschaft und der daraus folgenden Anforderungen an Pädagogik in Jugendarbeit und Schule.

Projektgruppe Praktisches Lernen: Erfahrungen mit Praktischem Lernen. Eine Übersicht. In: Zeitschrift für Pädagogik 34 (1988) 6, S. 749-760.

Dieser Artikel entfaltet das Konzept des praktischen Lernens und macht zugleich prägnant deutlich, in wie starkem Maße sich Themen von Bedeutung für Politik, Demokratie und das Gemeinwesen in Schulprojekten bereits in den 1980er Jahren aufzeigen lassen.

Reinhardt, V. (Hrsg.) (2005): Projekte machen Schule. Projektunterricht in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.

Mit Schwerpunktsetzungen auf der projektdidaktischen Theorie einerseits und projektdidaktisch innovativen Beispielen andererseits versucht der Band eine aktuelle Bilanz des Projektgedankens in der politischen Bildung der Schule heute jenseits aller Polarisierungen zu ziehen.

8.3 Kontaktmöglichkeiten

Am Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur steht als

Ansprechpartner zur Verfügung:

Herr Dr. Matthias Brodbeck

Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Werner-Seelenbinder.Str. 7

99096 Erfurt

Tel. 0361 3794 287

Email: Matthias.Brodbeck@tmbwk.thueringen.de

Ansprechpartnerin zum **Schulversuch "Direktwahl des Schülersprechers"**:

Marion Dörfler (Tel. 0361 3794234); Marion.Doerfler@tmbwk.thueringen.de

Homepage des Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

www.tmbwk.de

9 DEMOKRATIEDATEN

JANUAR 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31

FEBRUAR 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28

MÄRZ 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

- 01.01.1942 26 Staaten der Anti-Hitler-Koalition unterzeichnen auf Basis der Atlantik-Charta die Deklaration der Vereinten Nationen in Washington D.C. Damit wird die Basis für die Gründung der Vereinten Nationen gelegt.
- 19.01.1919 Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung; Erstmals konnten Frauen in Deutschland auf nationaler Ebene ihr Wahlrecht nutzen.
- 22.01. Anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages am 22. Januar 2003 wurde der 22. Januar zum „Deutsch-Französischen Tag“ erklärt.
Am 22.01.1963 hatten der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle im Élysée-Palast in Paris den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag unterzeichnet, bekannt als Élysée-Vertrag.
- 27.01. Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus - Er wurde am 3. Januar 1996 durch Proklamation des Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt und auf den 27. Januar festgelegt. Am 27. Januar 1945 hatten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befreit. (Internationaler Holocaust-Gedenktag seit 2005)
- 06.02.1919 Eröffnung des Reichstages in Weimarer Nationaltheater Die Nationalversammlung der Weimarer Republik zur Ausarbeitung einer Verfassung tritt, um den revolutionären Unruhen in Berlin zu entgehen, in Weimar erstmals zusammen.
- 11.02.1919 Die Weimarer Nationalversammlung wählt den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten.
- 08.03. Weltfrauentag
- 18.03. Tag der Demokratie in Erinnerung an die erste demokratische Wahl am 18.03.1990 in der DDR
- 19.03.1970 „Willy Brandt ans Fenster!“ – so riefen tausende DDR-Bürger den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland an das Fenster des Hotels Erfurter Hof. Der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt traf sich in der Zeit der Entspannungspolitik in Erfurt mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, um Annäherungen beider deutscher Staaten zu erreichen.
- 23.03.1933 Bis 1945 letzte Reichstagsrede eines Demokraten in der Berliner Krolloper. Otto Wels (SPD) argumentierte gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten.
- 28.03.1849 Verabschiedung einer Reichsverfassung (Paulskirchenverfassung) durch die Nationalversammlung

Unsere Ergänzungen:

APRIL 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
			1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30		

MAI 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
					1	2
3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30
31						

JUNI 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30				

- 05.04.1968 Mit der Verkündung des Reformprogramms der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beginnt der „Prager Frühling“, der am 21.08.1968 durch den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Armeen des Warschauer Vertrages niedergeschlagen wurde.
- 11.04.1945 Befreiung/Selbstbefreiung KZ Buchenwald – Amerikanische Truppen befreien das KZ Buchenwald. Es hatten sich dort bereits Widerstandsgruppen gebildet.
- 13.04.1945 Auf Initiative Hermann Brills fand nach der Befreiung des KZ Buchenwald ein Treffen statt, auf dem das Buchenwalder Manifest verabschiedet wurde.
- 16.04.1945 Befreiung Thüringens durch die US-Streitkräfte
- 01.05. Tag der Arbeit; 1920: Sieben thüringische Staaten werden zum Land Thüringen vereinigt.
- 03.05. Internationaler Tag der Pressefreiheit – Damit wird seit 1994 auf Verletzungen der Pressefreiheit sowie auf die grundlegende Bedeutung freier Berichterstattung für die Existenz von Demokratien aufmerksam gemacht.
- 05.05. Der Europatag des Europarates erinnert an die Gründung des Europarates durch die Unterzeichnung seiner Satzung am 5. Mai 1949 in London.
- 08.05.2010 8. Thüringer Bildungssymposium (Uni Erfurt)**
- 09.05. Europatag der Europäischen Union - Frankreichs Außenminister Robert Schuman schlug am 9. Mai 1950 vor, eine Produktionsgemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen. Dies mündete in die Montanunion, dem Grundstein der heutigen Europäischen Union.
- 11.05.1921 Annahme der Verfassung des Landes Thüringen, entstanden unter Federführung von Prof. Eduard Rosenthal
- 12.05.1920 Vorläufige Verfassung des Landes Thüringen vom Volksrat angenommen
- 23.05.1949 Der Parlamentarische Rat verkündet das deutsche Grundgesetz; Seit 1979 wird an diesem Tag alle fünf Jahre der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland gewählt.
- 27.05.1832 Vom 27. bis zum 30. Mai feiern Demokraten und Nationale das Hambacher Fest für "Einheit und Freiheit in Deutschland unter der schwarz-rot-goldenen Fahne" mit ca. 30.000 Teilnehmern aus allen Bevölkerungsschichten.
- 09.06.1945 Hermann Brill wurde von der amerikanischen Militärregierung zum ersten Ministerpräsidenten der Provinz Thüringen ernannt und nahm dieses Amt bis Mitte Juli 1945 (Übergabe Thüringens an die sowjetische Besatzungsmacht) wahr.
- 17.06.1953 Nationaler Gedenktag des Deutschen Volkes - Gedenktag an den Volksaufstand in der DDR, von 1954 bis 1990 Nationalfeiertag (Tag der Deutschen Einheit)
- 9.-12.06.2010 Lernstatt Demokratie in Bremen – Preis des „Förderprogramms Demokratisch Handeln“**
- 24.-26.06.2010 6. Thüringer Sommerakademie „Demokratie lernen & leben“ am ThILLM Bad Berka**

Unsere Ergänzungen:

JULI 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
			1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30	31	

AUGUST 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
						1
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30	31					

SEPTEMBER 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
		1	2	3	4	5
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30			

- 03.07.1919 Durch die Weimarer Nationalversammlung werden die Farben Schwarz-Rot-Gold, die Farben der Revolution von 1848, zu den Reichsfarben bestimmt
- 16.07.1990 Bundeskanzler Helmut Kohl und der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow einigen sich bei einem Treffen in Schelesnowodsk im Kaukasus hinsichtlich der Vereinigung von Bundesrepublik Deutschland und DDR.
- 31.07.1921 Verfassung I des Freistaates Thüringen verabschiedet
- 10.-
25.08.1948 Der Verfassungskonvent tagte im Auftrag der Ministerpräsidenten der Länder im Alten Schloss auf der Insel Herrenchiemsee in Bayern. Aufgabe war es, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten.
- 11.08.1919 Unterzeichnung der Reichsverfassung (Weimarer Verfassung) durch Reichspräsident Friedrich Ebert in Schwarzburg/ Thüringen
23. 08.1991 „Der Wille der Deutschen zur Einheit in freier Selbstbestimmung ist die zentrale Aussage der 3. Strophe des Deutschlandlieds. Deshalb stimme ich Ihnen namens der Bundesregierung zu, dass sie Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland ist.“
(AUS DEM ANTWORTSCHREIBEN DES BUNDESKANZLERS HELMUT KOHL AN DEN BUNDESPRÄSIDENTEN RICHARD V. WEIZSÄCKER)
- 01.09.1999 Regierung und Parlament nahmen ihre Arbeit in Berlin auf (1991 war der Beschluss über den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin gefasst worden.)
- 07.09.1949 Konstituierung des 1. Deutschen Bundestages
- 20.09.1946 Verabschiedung der Thüringer Verfassung II

Unsere Ergänzungen:

OKTOBER 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31

NOVEMBER 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30					

DEZEMBER 2010

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
		1	2	3	4	5
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30	31		

03.10.1990

DIE NEUEN LÄNDER AUF DEM GEBIET DER EHEMALIGEN DDR TRETEN GEMÄß ART. 23 DES GRUNDGESETZES DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND BEI. DER 3. OKTOBER LÖST DEN BIS DAHIN IN DER BUNDESREPUBLIK GELTENDEN 17. JUNI ALS NATIONALFEIERTAG AB.

09.10.1989

Erste Montagsdemonstration mit Massenbeteiligung in Leipzig unter der Losung „Wir sind das Volk!“. Der Mut der Teilnehmer, trotz staatlicher Repression und Gewaltdrohung öffentlich Freiheit und Demokratie einzufordern, führte zu der Bezeichnung Leipzigs als „Heldenstadt“.

18.10.1817

Etwa 500 studentische Vertreter deutscher Universitäten treffen sich aus Protest gegen das reaktionäre politische System zum Wartburgfest in Eisenach.

20.10.1946

Wahlen zum ersten Thüringer Landtag nach Kriegsende

25.10.1993

Verabschiedung der Verfassung III des Freistaates Thüringen

04.11.1989

In der größten Demonstration der DDR-Geschichte versammeln sich in Ost-Berlin rund eine Million Menschen und fordern Meinungs- und Versammlungsfreiheit und eine reformierte DDR.

09.11.1918

Im Zusammenhang mit den Ereignissen der Novemberrevolution in Deutschland erfolgt die Ausrufung der Republik, der wenig später die formelle Abdankung des Deutschen Kaisers Wilhelm II. folgte.

09.11.1989

Fall der innerdeutschen Grenze

12.11.1918

Aktives und passives Wahlrecht für Frauen in Deutschland in Zuge der Novemberrevolution eingeführt

20.11.1989

Die UN-Generalversammlung nimmt die *Kinderrechtskonvention* an. Seitdem ist der 20.11. der Internationale Tag der Kinderrechte.

02.12.1990

1990: Im vereinigten Deutschland findet parallel zur ersten gesamtdeutschen Wahl seit Ende des Zweiten Weltkriegs die erste Gesamtberliner Wahl statt.

05.12.1952

Deutschland ratifiziert die Europäische Menschenrechtskonvention.

05.12.

Der Internationale Tag des Ehrenamtes - Gedenk- und Aktionstag zur Anerkennung und Förderung ehrenamtlichen Engagements.

07.12.1989

In Ost-Berlin einigen sich Vertreter von Regierung und Opposition am „Runden Tisch“ u.a. auf die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) sowie auf freie Kommunalwahlen in der DDR

22.12.1989

Öffnung des Brandenburger Tores in Berlin

Unsere Ergänzungen: